



"VERTRAULICH"

PB Nr. 4 /90 - SM/MP

Santiago de Chile, 17. Mai 1990

"Vergangenheitsbewältigung" in Chile

1.)

Die chilenischen Militärs, die vom 11. September 1973 bis zum 11. März 1990 die Macht ausübten, wurden und werden für zahlreiche Menschenrechts-Verletzungen, die während dieser Zeit begangen wurden, verantwortlich gemacht. Während der ersten fünf Jahre ihrer Regierungszeit gab es Konzentrationslager, in denen bekannte und unbekannte Anhänger der Regierung Allende interniert wurden; zahlreiche Personen wurden verhaftet, von denen man seit deren Festnahme nie mehr etwas gehört hat; Tausende wurden mit Verbannung bestraft. Aber auch später fielen immer wieder Opponenten der Regierung Attentaten zum Opfer, die bis heute nicht aufgeklärt wurden (erinnert sei auch an die im Ausland verübten Anschläge: auf den ex-Oberkommandierenden des chilenischen Heeres, Carlos Prats am 30. September 1974 in Buenos Aires und auf den Aussenminister von Allende, Orlando Letelier, am 21. September 1976 in Washington, die allgemein Söldlingen der Militärs zur Last gelegt werden). Die "Vicaria de la Solidaridad" und die chilenische Menschenrechtskommission besitzen ein umfangreiches Archiv über alle ihnen gemeldeten Menschenrechts-Verletzungen wie ungeklärte Todesfälle, Folterungen, Verhaftungen, Einschüchterungen, Drohungen, Hausdurchsuchungen. Beide Organisationen haben regelmässig während Jahren in speziellen Publikationen die Oeffentlichkeit über die ihnen gemeldeten Anklagen orientiert.

2.)

Die Auseinandersetzung über die den Militärs vorgeworfenen Menschenrechts-Verletzungen spielten denn auch in den Kampagnen vor dem Plebiszit vom Oktober 1988 und vor den Wahlen vom Dezember 1989 eine wesentliche Rolle und beeinflusste in massgebender Weise die Resultate der Volksbefragungen. Die Opposition hat in ihrem Wahlprogramm der Wahrung der Menschenrechte erste Priorität eingeräumt und versprochen, sich für die Aufklärung der Wahrheit in allen Fällen von Menschenrechts-Verletzungen, die seit dem 11. September 1973 begangen wurden, einzusetzen. Des weitern hat sie eine richterliche Beurteilung, nach geltendem Strafrecht, derjenigen Menschenrechtsverletzungen in Aussicht gestellt, die sich gegen Leben, Freiheit und persönliche Integrität richteten. Schliesslich forderte sie die Aufhebung des von den Militärs erlassenen Amnestiegesetzes, das sich auf alle Taten und Untaten erstreckt, die vom 11. September 1973 bis 11. März 1978 von Seiten der Militärs oder der Opponenten begangen wurden.



- 2 -

Die Militärs machten geltend, dass sich das Volk während und nach der Regierungszeit der "Unidad Popular" in zwei feindliche Lager gespalten habe, und dass es auf beiden Seiten zu Uebergriffen gekommen sei. Die Amnestie sei erlassen worden, um nach einer bürgerkriegsähnlichen Zeit die Chilenen wieder miteinander zu versöhnen. Eine Untersuchung der Vorfälle jener Zeit würde erneut Wunden aufreissen und Rachegefühle hervorrufen. Die Militärs widersetzen sich dagegen nicht der Aufklärung und der Aburteilung der nicht unter das Amnestiegesetz fallenden Menschenrechts-Verletzungen.

3.)

Für Präsident Aylwin war es ein persönliches Anliegen aber auch eine staatspolitische Notwendigkeit, so schnell wie möglich nach der Amtsübernahme sein Engagement für den Respekt der Menschenrechte unter Beweis zu stellen. Mittels eines Präsidialerlasses begnadigte er 46 politische Gefangene, die keiner Gewalttaten wegen verurteilt waren. Verschiedene Gesetzesvorschläge (u.A. Abschaffung der Todesstrafe, Herabsetzung der strengen, während des Militärregimes eingeführten Strafen, einmalige Verkürzung der Gefängnisstrafe um zwei Jahre für rechtskräftig Verurteilte, Einschränkung der Kompetenzen der Militärjustiz) wurden dem Parlament zur Behandlung unterbreitet.

Im Justizministerium wurde eine Kommission geschaffen, deren Aufgabe die Hilfe bei der Rückkehr und Reintegration exilierter Chilenen sein wird.

Die wichtigste und weittragendste Massnahme in diesem Bereich - nicht wenige sind der Ansicht, es handle sich um den bedeutendsten Entscheid überhaupt, den Aylwin bis heute getroffen hat - betrifft die Einsetzung einer "Comision de verdad y reconciliacion":

In der Begründung zur Einsetzung dieser Kommission heisst es u.a., das moralische Gewissen der Nation verlange die Aufklärung der Wahrheit in Bezug auf die schwerwiegenden Menschenrechts-Verletzungen, die in Chile vom 11. September 1973 bis zum 11. März 1990 begangen worden sind; nur die Kenntnis der Wahrheit schaffe die für die nationale Versöhnung unerlässliche Voraussetzung. Ausdrücklich wird festgehalten, dass die gerichtliche Beurteilung der einzelnen Fälle und die allfällige Verurteilung der Schuldigen ausschliesslich in die Zuständigkeit der Gerichte falle.

Der Kommission gehören acht respektable Persönlichkeiten an. Der Präsident, Paul Rettig, ist Jurist (Advokat und Professor), ex-Senator in den 50iger Jahren, 80 Jahre alt. Jaime Castillo, der Präsident der chilenischen Menschenrechts-Kommission, der lange Jahre in der Verbannung lebte, kann als Vertrauensmann der Verfolgten und Ricardo Martin, der die von Präsident Pinochet eingesetzte Menschenrechtskommission präsidierte, als Vertreter der konservativen Kreise bezeichnet werden. Im Grunde genommen sollte sich jeder Chilene mit einem Mitglied der Kommission identifizieren und deren Arbeit Vertrauen schenken können.



- 3 -

Die Kommission hat ihren Bericht innerhalb von sechs bis neun Monaten vorzulegen. Die Aufgaben der Kommission werden wie folgt umschrieben:

- Erstellen eines möglichst vollständigen Verzeichnisses der gravierendsten Menschenrechts-Verletzungen ("Detenidos-Desaparecidos", Folterungen mit Todesfolgen, Hinrichtungen, Attentate, die einen politischen Charakter aufweisen)
- Identifizierung der Opfer und Abklärung ihrer Schicksale
- Empfehlen von Massnahmen der Wiedergutmachung
- Empfehlen von Massnahmen, dank derer eine Wiederholung vergleichbarer Verbrechen verunmöglicht wird

Falls die Kommission im Laufe ihrer Arbeit über strafrechtlich relevante Taten orientiert wird, unterbreitet sie diese, ohne Stellung zu nehmen, dem zuständigen Gericht. Nochmals wird unterstrichen, dass der Kommission keine richterliche Befugnisse zukommen und dass sie nicht in hängige Prozesse eingreifen kann. Die Arbeit der Kommission endet mit der Veröffentlichung des Berichts.

4.)

Während die grosse Mehrheit der Bevölkerung die Schaffung dieser Kommission begrüsst, haben die Streitkräfte und die rechtsstehenden Parteien mit Missmut reagiert. Die Militärs befürchten, die Kommission, die nur die Vorfälle ihrer Regierungszeit untersuchen kann, würde eine Anklageschrift gegen die Streitkräfte vorlegen, was ihres Erachtens nicht zur angestrebten Versöhnung, sondern im Gegenteil zum Anheizen von Rachegefühlen führen würde. General Pinochet versuchte vergeblich, Präsident Aylwin davon abzuhalten, die Kommission zu gründen. Seine kurzfristig angeforderte Aussprache wurde ihm erst nach der Unterzeichnung der entsprechenden Verfügung gewährt. Die Unterredung verlief stürmisch, was dadurch zum Ausdruck kam, dass Pinochet eine an die Oberkommandierenden der Streitkräfte ergangene Einladung des Präsidenten zu einem Essen ausschlug. Die Beteuerung, dass in keinem Fall die Streitkräfte als Institution von der Kommission etwas zu befürchten hätten, sondern - gegebenenfalls - nur die als Täter feststellbaren Offiziere und Soldaten, beruhigt nicht alle Militärkreise im erwünschten Ausmass. Allerdings wurde mit Genugtuung vermerkt, dass die Oberkommandierenden der Luftwaffe und der Marine dem Entscheid des Präsidenten loyal ihren Respekt bekundeten. Die konservativen Parteien kritisierten, dass die Kommission nur die während der Militärregierung erfolgten Menschenrechts-Verletzungen untersuchen könne. Sie sind der Ansicht, eine gerechte Beurteilung der Militärs sei nur möglich, wenn auch nach den Gründen geforscht würde, die schliesslich die Streitkräfte zum Eingreifen veranlassten. Die Veröffentlichung des Berichtes würde daher einer öffentlichen Verurteilung der Streitkräfte gleichkommen und deren Prestige untergraben, was u.U. gefährliche Folgen zeitigen könnte.



- 4 -

Eine Einbeziehung in die Untersuchung der Regierung seit der "Unidad Popular" kam indessen vor allem für die Sozialisten nicht in Frage, denn damit würde Präsident Allende in einem gewissen Sinne auf die gleiche Stufe gestellt wie Präsident Pinochet.

5.)

Präsident Aylwin war sich bewusst, dass seine Wahl zum Präsidenten auch die Verpflichtung der "Vergangenheitsbewältigung" mit sich brachte. Er musste das Risiko einer unwirschen Reaktion der Streitkräfte in Kauf nehmen. "Die Augen vor den Tatsachen zu verschliessen und so zu tun, als ob nichts geschehen wäre", so sagte er, "wäre eine ständige Quelle neuen Leidens, der Spaltung, des Hasses und der Gewalttätigkeit innerhalb unserer Gemeinschaft. Nur die Aufklärung der Wahrheit, die Suche nach Gerechtigkeit könne das für Versöhnung und Frieden unerlässliche moralische Klima schaffen." Er möchte indessen dieses Kapitel so schnell wie möglich abschliessen. Die Gerichte wären dazu, wie sie in den vergangenen Jahren bewiesen haben, nicht in der Lage. In einer parlamentarischen Kommission würde eine Behandlung des Themas zu end- und im Endergebnis wohl fruchtlosen Diskussionen führen. Der Präsident hofft, dass dank der nunmehr geschaffenen kleinen und unabhängigen Kommission, die in relativ kurzer Zeit ihren Bericht abzuliefern hat, die schwierige Aufgabe der Versöhnung in Chile besser gelöst wird als etwa in Uruguay oder Argentinien.

Die Regierung verfolgt aber sicher noch ein anderes Ziel:

Man nimmt nicht an, dass die Kommission spektakuläre Neuigkeiten ausfindig machen wird. In den Archiven der Vicaria und der Menschenrechtskommission sind alle gemeldeten Menschenrechtsverletzungen ausführlich dokumentiert. Die Regierung wird nun aber mit der Entgegennahme des Berichtes den Inhalt dieser Dokumente offiziell zur Kenntnis nehmen und damit die Verantwortung des Staats engagieren. Gleichzeitig wird nach allgemeiner Erwartung - und deshalb die nicht ungerechtfertigte Befürchtung der Militärs - das Ansehen der Militärregierung unter Pinochet in Mitleidenschaft gezogen. Durch diese insgeheim angestrebte Blossstellung der Streitkräfte soll verhindert werden, dass diese nachträglich als Retter des Vaterlandes verherrlicht werden und dass ihre Rückkehr zur Macht, die der eine oder andere wünschen mag, nach Möglichkeit verhindert wird.

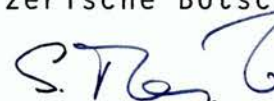
6.)

Werden sich nach der Bekanntgabe des Berichtes die Angehörigen der Opfer mit der Wahrheit abfinden und werden die Täter die Wahrheit akzeptieren? Oder wird sich dann erst recht der Ruf nach

- 5 -

Vergeltung erheben und werden die "Angeklagten" zur Selbstverteidigung Zuflucht nehmen? Niemand kann heute diese Fragen beantworten. Es besteht aber berechtigte Hoffnung, dass die Chilenen, die bisher den Weg zurück zur Demokratie in vorbildlicher Weise zurücklegten auch mit ihrer Vergangenheit besser zurecht kommen als ihre Nachbarn.

Der Schweizerische Botschafter



(S. Meili)